

# FAQ INTEGRATION

## 1. Was ist Integration?

Integration ist ein Oberbegriff, der hauptsächlich im Kontext von Migration oder Behinderung vorkommt. Integration bedeutet Eingliederung. Der Begriff Integration wird hier in Verbindung mit dem Bereich Bildung verwendet. Er übersteigt diesen Bereich aber bei weitem, da er sich ganz allgemein der Frage widmet, welcher Platz den unterschiedlichen Menschen in der Gesellschaft zugewiesen wird. Man spricht daher nicht nur von schulischer Integration, sondern auch von sozialer Integration, beruflicher Integration, usw.

## 2. Was sind die Unterschiede zwischen Integration und Inklusion?

Zu den Begriffen der Integration und der Inklusion finden sich unterschiedliche Auslegungen – je nach der länderspezifischen Definition und der praktischen Anwendung. Die UN-Behindertenrechtskonvention verwendet im englischen und französischen Originaltext den Begriff „inclusion“. In der offiziellen deutschen Version steht der Begriff „Integration“.

In der Schweiz werden die Begriffe folgendermassen definiert:

### Integration

Integration bezeichnet die Eingliederung von Menschen in Systeme (z.B. eine Schule), die für die Allgemeinheit erstellt wurden. Dies im Unterschied zur Separation, bei der spezielle Strukturen für eine Auswahl von Menschen geschaffen wurden. Integration ist nicht als Zustand, sondern als Prozess zu verstehen.

### Inklusion

Inklusion wird häufig als Vision verstanden, in deren Richtung die Gesellschaft sich entwickeln soll. Die Gleichwertigkeit und die Unterschiedlichkeit der Menschen finden ihren Platz, die Vielfalt ist Normalität. Schulische Inklusion meint die vollzeitige wohnortsnahe Regelschulung aller Schülerinnen und Schüler. Die Schule hat sich den Kindern und Jugendlichen anzupassen. Schulische Inklusion duldet keine Sonderschulen. Selektion widerspricht der Inklusion.

### Anwendungspraxis in der Schweiz

Die Schweiz verweist für die Auslegung auf Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Art. 8 Abs. 2, Art. 19 und Art. 62 Abs. 3 der Bundesverfassung (BV) werden im Sinne des o.g. Artikels der UN-BRK so ausgelegt, 1) dass eine integrative Schulung dann angeordnet werden muss, wenn sie die besonderen Bedürfnisse des Schülers oder der Schülerin mit Behinderung am besten berücksichtigt, und 2) dass der Einzelne im Rahmen der integrativen Schulung Anspruch auf diejenigen Massnahmen hat, die im Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz) sowie in den Rechtsgrundlagen der Kantone im Bereich der Sonderpädagogik vorgesehen sind.

Demnach sind integrative Lösungen separierenden Lösungen vorzuziehen, unter Beachtung des Wohles und der Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes oder des Jugendlichen sowie unter Berücksichtigung des schulischen Umfeldes und der Schulorganisation.

Die Schweiz geht davon aus, dass die Vorgaben der Konvention im Bildungsbereich damit erfüllt sind. So gilt es zu berücksichtigen, dass nach der Rechtsprechung des Bundesgerichts die integrative Schulung in der Praxis der inklusiven Schulung entspricht. In Urteil 2C\_590/2014 geht das Bundesgericht davon aus, dass Art. 24 der UN-Behindertenkonvention einem Grundschüler mit Behinderung bzw. besonderen Bedürfnissen keine weitergehenden Ansprüche vermittelt.

Die folgende Grafik stellt verschiedene Schulungsformen bildhaft dar:

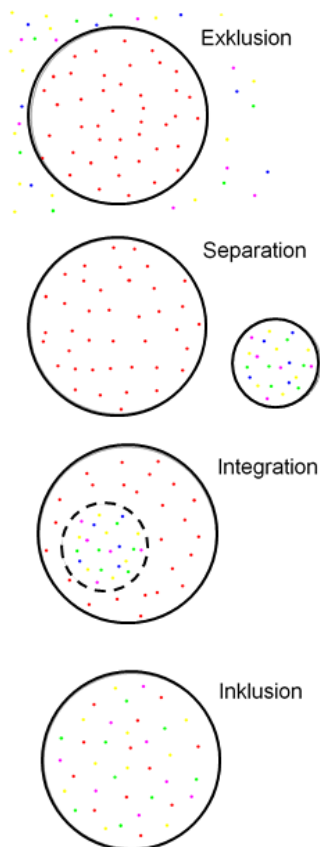


Abbildung: Verschiedene Schulungsformen

### 3. Was versteht man unter schulischer Integration?

Gemeint ist damit, dass Schülerinnen und Schüler mit besonderem Bildungsbedarf, insbesondere mit Behinderung, nicht in einer Sonderschule, sondern gemeinsam mit anderen Schülerinnen und Schülern die Regelschule besuchen.

Schulische Integration meint die voll- oder teilzeitliche Schulung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf in einer Klasse der Regelschule

- mit der Nutzung der allgemeinen, nicht verstärkten Massnahmen, die die Schule anbietet und/oder
- mit der Nutzung von verstärkten Massnahmen, die aufgrund des standardisierten Abklärungsverfahrens (SAV/PES) oder eines gleichwertigen Verfahrens zur Ermittlung des individuellen Bedarfs angeordnet werden.

Die Art und der Schweregrad der Beeinträchtigung, das Erreichen der Ziele des Lehrplans, das Wohl der Kinder oder Jugendlichen und die Besonderheiten der Schule werden in die Betrachtungen einbezogen, wie im Einzelfall der Entscheid ausfällt. Sonderschulen, Regelschulen mit Spezialklassen oder Regelklassen sind mögliche Schulungsorte (vgl. Frage 16).

### 4. Warum Integration?

Die schulische Integration der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung ruht auf einer ethischen Basis. Sie ist geknüpft an den Wunsch, allen Kindern und Jugendlichen angemessene Entwicklungsmöglichkeiten und Chancen auf ein Gelingen der sozialen Integration zu bieten – dies im gegenseitigen Respekt und unter der Berücksichtigung der Verschiedenheiten.

Die schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung ist gesetzlich verankert.

## Auf internationaler Ebene

- Mit dem **Übereinkommen über die Rechte des Kindes** (UN-Kinderrechtskonvention, UN-KRK) (1989) werden die Rechte der Menschen mit Behinderung unter 18 Jahren rechtlich verbindlich anerkannt. Als erstes Prinzip gilt die Anforderung der Nichtdiskriminierung (Art. 2 KRK). In Artikel 23 werden verschiedene Massnahmen beschrieben, welche die aktive Teilnahme jedes Kindes und Jugendlichen am Gesellschaftsleben ermöglichen sollen. Die UN-KRK ist für die Schweiz am 26. März 1997 in Kraft getreten.
- Die Weltkonferenz «Pädagogik für besondere Bedürfnisse» verabschiedete 1994 die **Salamanca-Erklärung**. Diese Erklärung stellte eine erste Basis für die schulische Integration dar. Mit der Ratifizierung dieses Dokuments bekräftigte die Schweiz (nebst 91 anderen Ländern) ihre Absicht, die Bildungspolitik in Richtung schulischer Integration von Kindern mit besonderen Bildungsbedürfnissen zu lenken.
- Auch das **Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen** (UN-Behindertenrechtskonvention, UN-BRK), 2006 durch die UNO angenommen, fordert die Mitgliedsländer auf, die Integration zu einer Priorität zu erklären und gleichzeitig zu garantieren, dass jedem Kind oder Jugendlichen die pädagogischen Massnahmen zu Gute kommen, die es benötigt. Die UN-BRK ist für die Schweiz am 15. Mai 2014 in Kraft getreten.

## Auf Schweizer Ebene

- Die **Bundesverfassung** garantiert einen ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht (Art. 19) und untersagt jegliche Diskriminierung, die auf einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung beruht (Art. 8, Abs. 2).
- Das **Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen** (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG) nimmt die Kantone in die Pflicht, dafür zu sorgen, dass Kinder und Jugendliche eine ihren spezifischen Bedürfnissen gerecht werdende Grundschulung erhalten. Des Weiteren fordert es die Kantone auf, die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in die Regelschule – mit entsprechenden Schulungsformen und insofern möglich – zu unterstützen (Art. 20, Abs. 1 und 2).
- Die **Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik** (Sonderpädagogik-Konkordat) reglementiert die notwendigen Rahmenbedingungen für die Massnahmen im Bereich Sonderpädagogik (Definition Anspruchsberechtigung und Grundangebot), welche die beigetretenen Kantone in ihren Konzepten zu berücksichtigen haben. Die Kantone haben in dieser Vereinbarung den Grundsatz aufgenommen, dass die Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bildungsbedürfnissen, insbesondere mit Behinderung, der Separation vorgezogen werden soll (Art. 1, Bst. b). Integriert wird dann, wenn dies dem Wohl des Kindes entspricht und wenn dies im Rahmen einer bestehenden Schulorganisation sinnvoll geleistet werden kann (Art. 2, Bst. b). Die Kantone entscheiden unter Berücksichtigung des übergeordneten Rechts selber, wie sie die Sonderpädagogik organisieren wollen. Der Entscheid über die Führung von Sonder- und Kleinklassen ist beispielsweise den Kantonen überlassen.

## 5. Können alle Schülerinnen und Schüler integriert werden?

Nein. Sonderschulen wird es weiterhin geben. Aber: Die Kantone fördern, soweit dies möglich ist und dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen mit Behinderung dient, mit entsprechenden Schulungsformen die Integration betroffener Kinder und Jugendlicher in die Regelschule (BehiG, Art. 20, Abs. 2). Zur bundesgerichtlichen Praxis dazu vgl. Ausführungen zu Frage 2.

Die Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich Sonderpädagogik präzisiert, dass integrative Lösungen separierenden Lösungen vorzuziehen sind, unter Beachtung des Wohles und der Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes oder des Jugendlichen sowie unter Berücksichtigung des schulischen Umfeldes und der Schulorganisation (Art. 2, Bst. b). Die Festlegung der Schulungsform eines Kindes oder Jugendlichen mit Behinderung wird immer im Einzelfall mit einem standardisierten Verfahren abgeklärt. Musste in der Vergangenheit die Integration begründet werden, muss heute begründet werden, weshalb der Besuch einer Sonderschule der Integration vorgezogen wird.

## 6. Welche Formen der schulischen Integration gibt es?

Zwischen dem Besuch einer Sonderschule und der Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bildungsbedürfnissen bzw. mit Behinderung gibt es eine Vielzahl verschiedener Schulungsformen:

- Eine teilzeitliche Integration liegt dann vor, wenn eine Person zwei verschiedene Settings besucht. Zum Beispiel: Eine Schülerin oder ein Schüler besucht zwei Tage die Woche die Schule im Wohnquartier und wird die anderen drei Wochentage in einer Sonderschule unterrichtet.
- Unter einer vollzeitlichen Integration versteht man den vollständigen Besuch einer Regelschule, unterstützt mit sonderpädagogischen Massnahmen.

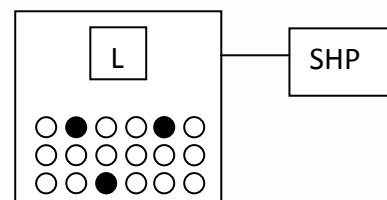
Im Rahmen der schulischen Integration kann eine Schülerin oder ein Schüler kollektiv oder individuell zugeteilte Massnahmen erhalten. Unten folgt eine Auswahl von Mustern, nach denen der Unterricht erfolgen kann (vgl. Riedweg, 2008).

Legende:

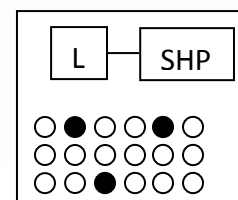
● Kinder mit sonderpädagogischen Massnahmen

○ Kinder ohne sonderpädagogischen Massnahmen

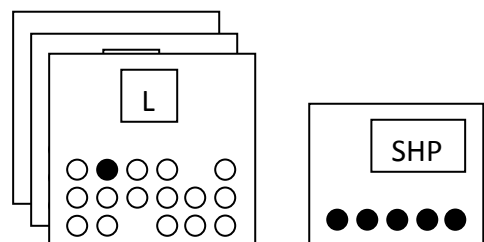
Die Regelklassenlehrperson (L) arbeitet alleine mit der Klasse. Die Schulische Heilpädagogin bzw. der Schulische Heilpädagoge (SHP) beteiligt sich am Aufbau der Integrativen Förderung und gestaltet die Unterrichtsformen mit. Bei auftretenden Schwierigkeiten kann die Regelklassenlehrperson die Schulische Heilpädagogin bzw. den Schulischen Heilpädagogen beiziehen.



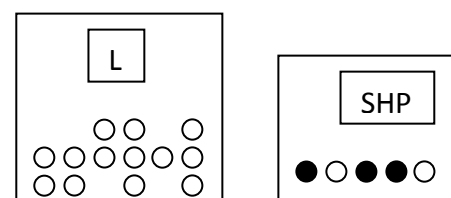
Regelklassenlehrperson und Schulische Heilpädagogin bzw. Schulischer Heilpädagoge unterrichten die Klasse gemeinsam, verschiedene Formen des Teamteachings sind möglich.



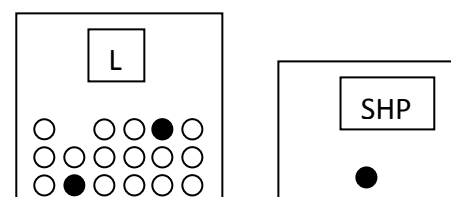
Die Schulische Heilpädagogin bzw. der Schulische Heilpädagoge unterrichtet punktuell in einem separaten Zimmer eine Gruppe von Kindern mit speziellen Bedürfnissen aus mehreren Klassen.



Die Schulische Heilpädagogin bzw. der Schulische Heilpädagoge unterrichtet punktuell in einem separaten Zimmer eine gemischte Gruppe von Kindern.



Die Schulische Heilpädagogin bzw. der Schulische Heilpädagoge unterrichtet punktuell in einem separaten Zimmer ein Kind mit speziellen Bedürfnissen (Einzelförderung, Förderdiagnostik).



## **7. Was tut sich in den Nachbarländern?**

Das Thema der inklusiven oder integrativen Schule beschäftigt die ganze Welt. Die UNESCO (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) hatte sich zum Ziel gesetzt, bis 2015 eine «Bildung für alle» gewährleisten zu können. Dieses Ziel wurde teilweise erfüllt. Alle Länder sind bestrebt, die Integration von Schülerinnen und Schülern, die bisher in speziellen Einrichtungen unterrichtet wurden, zu ermöglichen.

Der gemeinsame Unterricht von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bildungsbedürfnissen, insbesondere mit Behinderung ist eines der Hauptthemen der Europäischen Agentur für sonderpädagogische Förderung und inklusive Bildung (EA). An die dreissig europäischen Länder sind Mitglieder der Agentur. Informationen über die schulische Integration in einzelnen Ländern befinden sich auf der Website der EA.

## **8. Was sind die Wirkungen der Integration?**

Eine Vielzahl von Studien befasst sich mit der Analyse der Wirkungen der Integration. Insgesamt schneidet die schulische Integration leicht besser ab als die Separation. Studien aus aller Welt haben folgende Vor- und Nachteile aufgezeigt:

### **Wirkungen auf integrierte Schülerinnen und Schüler**

#### **Positive Effekte**

- Gleich viele oder mehr schulische Fortschritte als bei Lernenden in einer Sonderschule
- Weniger soziale Entwurzelung (wohnnaher Schulung)
- Bessere Entwicklung der sozialen Kompetenzen aufgrund der Diversifizierung und der Intensivierung von Beziehungen
- Weniger Stigmatisierung
- Grössere Stimulation
- Entdramatisierung der Behinderung oder der intellektuellen Einschränkung.

#### **Negative Effekte**

- Schlechtere soziale Akzeptanz für Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten oder kognitiven Beeinträchtigungen (nicht der Fall für Schülerinnen und Schülern mit Körper- oder Sinnesbehinderung)
- Schlechteres Selbstkonzept (Selbstbild eines Kindes über seine eigenen schulischen Fähigkeiten im Vergleich zu anderen Lernenden)
- Schwierigkeiten aufgrund von wechselnden Bezugspersonen (mehrere Lehrpersonen in derselben Klasse).

### **Vorteile für die anderen Schülerinnen und Schüler der Klasse**

#### **Positive Effekte**

- Lernen und Entwicklung werden nicht beeinträchtigt
- Erleben und Lernen von Differenz, Toleranz, Fürsorge, Mitgefühl und Hilfe
- Überwinden von Ängsten und Stereotypen, Entwicklung von neuen Werten, positiven Einstellungen gegenüber Personen mit Behinderung und einer Toleranz gegenüber Unterschieden
- Zusammenarbeit mit verschiedenartigen Schülerinnen bzw. Schülern stärkt das Selbstvertrauen und die Selbstachtung der Lernenden ohne Schwierigkeiten.

#### **Negative Effekte**

- Gesamthaft konnten wenige Nachteile für die anderen Schülerinnen und Schüler der Klasse ausgemacht werden. Einige Studien weisen auf die Verminderung der zur Verfügung stehenden Zeit der Lehrperson für die individuelle Betreuung der anderen Lernenden hin.

## **9. Welches sind Erfolgsfaktoren für die schulische Integration?**

Das Gelingen der schulischen Integration von Lernenden mit besonderem Bildungsbedarf, dabei eingeschlossen auch Behinderung, ist von vielen verschiedenen Faktoren abhängig. Dies macht jede Situation der Integration einzigartig.

Folgende Faktoren, hervorgegangen aus den Erfahrungen in der Praxis, werden genannt:

- **Klassengrösse und zusätzliche Ressourcen**  
Die schulische Integration wird durch eine angemessene Klassengrösse sowie durch zusätzliche Ressourcen (Stützlehrperson, Schulische/r Heilpädagoge oder Heilpädagogin, Assistenz) erleichtert.
- **Grundausbildung der Regelschullehrpersonen**
- Die Betreuung von Kindern mit speziellen Bedürfnissen wird durch eine gute Grundausbildung der Regellehrpersonen während ihrer Ausbildung zu den Themen Führung von heterogenen Leistungsgruppen und Differenzierung erleichtert. Letztere wird als eines der zentralen pädagogischen Instrumente betrachtet.
- **Einstellungen der Lehrpersonen**  
Positive Einstellungen gegenüber der schulischen Integration fördern deren Gelingen. Diese Einstellungen hängen u.a. neben den erhaltenen Informationen und der Unterstützung der Lehrperson auch von ihren Erfahrungen ab (diejenigen, welche Integration erlebt haben, sind in der Regel grundsätzlich positiver eingestellt).
- **Einstellungen des Kindes/Jugendlichen und seines Umfelds**  
Eine positive Einstellung des Kindes/Jugendlichen und seines Umfelds zur Integration erleichtert die Integration.
- **Art der Arbeitsorganisation**  
Die Arbeitsorganisation wie auch ihr Potential zur Differenzierung von Situationen und pädagogischen Massnahmen sind von grosser Bedeutung. Die Differenzierung sollte im Zentrum der pädagogischen Praxis stehen – nicht nur als Methode – sondern als Form der Arbeitsorganisation. Unter Differenzierung versteht man das Anpassen von Mitteln und Arbeitsweisen im Hinblick auf die individuelle Situation des Schülers und für gewisse Lernende, das Anpassen der Lernziele.
- **Zusammenarbeit der Fachleute und Zusammenarbeit mit den Bezugsgruppen**  
Eine gelingende Integration hängt von der Zusammenarbeit nicht nur zwischen den jeweiligen Fachpersonen, sondern auch von der Kooperation zwischen Fachleuten und Bezugspersonen des Kindes/Jugendlichen ab.
- **Persönliche Eigenschaften des Kindes/Jugendlichen und seines Umfelds**  
Die Persönlichkeitsmerkmale des Kindes, die Art der Beeinträchtigung, die Beziehungen zwischen der Familie des Kindes und seiner Schule, der sozio-ökonomische Status der Familie und weitere Faktoren beeinflussen den Ablauf der schulischen Integration.

Der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH hat ein Positionspapier sowie weitere Gelingensbedingungen für eine integrierte Förderung für alle formuliert.

#### 10. Gibt es bei der schulischen Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung Unterschiede zwischen kognitiver, körperlicher oder Sinnesbehinderung?

Die Art der Beeinträchtigung des integrierten Kindes hat einen Einfluss darauf, wie die schulische Integration realisiert und erlebt wird. Die folgenden Aspekte sind insbesondere zu erwähnen:

- Ein Schüler bzw. eine Schülerin mit kognitiver Beeinträchtigung, integriert in einer Regelklasse, profitiert in der Regel von einem **angepassten Lehrplan**. In den meisten Kantonen redet man hier von individuellem Förderplan. Dieser besteht aus einem schriftlichen Plan, welcher auf den individuellen Stärken und Bedürfnissen der Person beruht, die zu erreichenden Ziele, Mittel, Strategien, Termine nennt und fortwährend überprüft wird.
- Schüler und Schülerinnen mit einer körperlichen oder Sinnesbehinderung folgen meistens demselben Lehrplan wie die Kameradinnen und Kameraden. Der oder die Lernende profitiert jedoch von notwendigen Anpassungen, um die behinderungsbedingten Nachteile auszugleichen. Die betroffene Person ist berechtigt, **Massnahmen des Nachteilsausgleichs** wie zum Beispiel Hilfsmittel, Begleitperson, Anpassung der Lern- bzw. Prüfungsmedien in Anspruch zu nehmen.

## **11. Gibt es bezüglich schulischer Integration Unterschiede zwischen den Sprachregionen?**

Unterschiede gibt es zwischen allen Kantonen. Aus diesem Grund ist es unmöglich, irgendeine Verallgemeinerung hinsichtlich der Sprachregionen zu ziehen.

## **12. Wie ist die Sonderpädagogik in den einzelnen Kantonen organisiert?**

Jeder Kanton organisiert die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen, insbesondere mit Behinderung, auf seine Art. Grundsätzlich besuchen diese Schüler und Schülerinnen Sonderschulen oder Regelschulen.

Aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurde die Verantwortung für den Bereich Sonderpädagogik den Kantonen übergeben. Diese waren aufgefordert, ein Konzept Sonderpädagogik zu entwickeln, in welchem

- die Organisation der sonderpädagogischen Massnahmen für die Altersgruppe 0-20 definiert wird (z.B. ob und in welcher Art und Form Sonder- oder Kleinklassen vorgesehen sind)
- das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG) respektiert wird. Dieses verpflichtet die Kantone, soweit dies möglich ist und dem Wohl des betroffenen Kindes oder Jugendlichen dient, mit entsprechenden Schulungsformen die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in die Regelschule zu fördern.

Auf der Website SZH befinden sich Links zu den kantonalen Sonderpädagogik-Konzepten.

Die dem Sonderpädagogik-Konkordat beigetretenen Kantone verpflichten sich, die gemeinsamen Instrumente dazu (Terminologie, Qualitätsstandards, standardisiertes Abklärungsverfahren) anzuwenden.

## **13. Was versteht man unter sonderpädagogischen Massnahmen?**

Sonderpädagogische Massnahmen werden von Fachpersonen der Sonderpädagogik durchgeführt (Diplom anerkannt von EDK oder Bund). Sie finden im Rahmen der Regelklassen, der Spezialklassen oder in der Sonderschule statt und richten sich an alle Kinder mit speziellen Bedürfnissen.

Das sonderpädagogische Grundangebot umfasst

- Beratung und Unterstützung, heilpädagogische Früherziehung, Logopädie und Psychomotoriktherapie (ausgeführt von pädagogisch-therapeutischen Fachpersonen),
- sonderpädagogische Massnahmen in einer Regelschule oder in einer Sonderschule (ausgeführt von Fachpersonen der Schulischen Heilpädagogik oder von pädagogisch-therapeutischen Fachpersonen), sowie
- Betreuung in Tagesstrukturen oder stationäre Unterbringung in einer sonderpädagogischen Einrichtung (ausgeführt von sozialpädagogischen und agogischen Fachpersonen).

## **14. Was sind die Unterschiede zwischen verstärkten und nicht verstärkten Massnahmen?**

Verstärkte Massnahmen werden durch das Standardisierte Abklärungsverfahren oder durch eine gleichwertige Abklärung angeordnet.

Verstärkte Massnahmen zeichnen sich durch bestimmte oder alle folgenden Kriterien aus:

- lange Dauer
- hohe Intensität (Frequenz)
- hohe Spezialisierung der Fachkräfte
- einschneidende Konsequenzen auf den Lebenslauf im Alltag und sozialen Umfeld

Nicht-verstärkte Massnahmen werden in der Regel aufgrund eines Schulischen Standortgesprächs, eines Runden Tisches oder eines ähnlichen Verfahrens eingeleitet.

Nicht verstärkte Massnahmen sind charakterisiert durch bestimmte oder alle folgenden Kriterien:

- eingeschränkte Dauer (z.B. weniger als 1 Jahr)

- geringe Intensität (z.B. 1 Stunde pro Woche)
- Standardausbildung der Fachkräfte (z.B. nicht zwingend EDK-anerkanntes Diplom im Bereich der Sonderpädagogik oder der pädagogisch-therapeutischen Berufe)
- keine einschneidenden Konsequenzen auf den Lebenslauf im Alltag und sozialen Umfeld (z.B. wohnortsnahe Schulung, Berufswahl wird nicht eingeschränkt).

Die Grenze zwischen verstärkten und nicht verstärkten Massnahmen wird in den kantonalen Konzepten für die Sonderpädagogik durch bestimmte Schwellen definiert (z.B. Betreuungsdauer oder Anzahl Stunden, damit eine Massnahme als verstärkt gilt).

## 15. Was wird unter Behinderung verstanden?

Die Definition von Behinderung ist geschichtlich geprägt.

- **Das medizinische bzw. individuelle Modell von Behinderung (19. Jahrhundert)**  
Das medizinische bzw. individuelle Modell betrachtet die Behinderung als Problem des Individuums, direkt verursacht durch eine Krankheit, ein Trauma oder ein anderes Gesundheitsproblem. Sie verlangt individualisierte Massnahmen im Bereich Pflege und technische Hilfsmittel, um die defizitären biologischen Funktionen bei der betroffenen Person wiederherzustellen bzw. bestmöglich zu kompensieren.
- **Das soziale Modell von Behinderung (70er Jahre)**  
Im Gegensatz dazu sieht das soziale Modell die Behinderung nicht als Problem der Person, sondern des sozialen Umfelds, indem sich die Person befindet. Behinderung wird als Resultat der Unangemessenheit der Gesellschaft im Hinblick auf die Eigenarten ihrer Mitglieder betrachtet. Die Behinderung verweist also auf alles, was zu Einschränkungen für die betroffenen Personen führt. Hierbei handelt es sich um individuelle Vorurteile, institutionelle Diskriminierung, nicht zugängliche öffentliche Gebäude, nicht benutzbare Verkehrsmittel, segregative Bildung, Exklusion erzeugende Arbeitsorganisationen usw. Gemäss diesem Modell obliegt es der Gesellschaft, sich weiter zu entwickeln, damit in ihrer Gesundheit beeinträchtigte Menschen nicht mehr behindert werden, oder genauer gesagt, über die gleichen Rechte und Möglichkeiten verfügen wie alle anderen Menschen.
- **Interaktives oder bio-psycho-soziales Modell von Behinderung (aktuell)**  
Das Modell der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) der WHO und das Modell PPH (Processus de production du handicap/Prozess der Erzeugung von Behinderung) wurden als Reaktion auf die traditionellen Ansätze entwickelt, die je einen spezifischen Aspekt in den Vordergrund stellen. Die aktuellen Modelle versuchen, bei der Definition der Behinderung sowohl den individuellen wie auch den umweltbezogenen Faktoren Rechnung zu tragen. Im Zentrum des ICF-Modells von Behinderung steht das komplexe Zusammenspiel von Körperfunktionen und der Fähigkeit, Aktivitäten auszuüben und in verschiedenen Lebensbereichen teilzunehmen. Die EDK-Terminologie greift auf die ICF-Definition zurück.

In Rechtserlassen wird Behinderung u.a. folgendermassen definiert:

- **Definition Behinderung anhand des BehiG**  
Im BehiG betrifft der Begriff Mensch mit Behinderung (Behinderte, Behinderter) eine Person, der es eine voraussichtlich dauernde körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigung erschwert oder verunmöglicht, alltägliche Verrichtungen vorzunehmen, soziale Kontakte zu pflegen, sich fortzubewegen, sich aus- und fortzubilden oder eine Erwerbstätigkeit auszuüben (BehiG Art. 2, Abs. 1).
- **Definition Behinderung der UN-BRK**  
Der Begriff Menschen mit Behinderungen umfasst Menschen mit langfristigen körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesschädigungen, die sie im Zusammenwirken mit verschiedenen Barrieren daran hindern können, gleichberechtigt mit anderen uneingeschränkt und wirksam an der Gesellschaft teilzunehmen (UN-BRK Art. 1).



## **16. Was ist eine Sonderschule? Was ist eine Spezialklasse (Sonderklasse)?**

### **Sonderschule**

Eine Sonderschule gehört zur obligatorischen Bildungsstufe und ist auf bestimmte Behinderungsformen oder Lern- und Verhaltensschwierigkeiten spezialisiert. Die Sonderschule nimmt Kinder und Jugendliche auf, die aufgrund des standardisierten Abklärungsverfahrens (SAV) zur Ermittlung des individuellen Bedarfs oder eines gleichwertigen Verfahrens ausgewiesenen Anspruch auf verstärkte Massnahmen haben. Sie untersteht einem kantonalen Bewilligungsverfahren. Sie kann zusätzlich mit einem stationären Unterbringungsangebot oder mit einem Betreuungsangebot in Tagesstrukturen kombiniert sein.

### **Spezialklasse (Sonderklasse)**

Spezialklassen nehmen eine reduzierte Anzahl Lernender auf, deren Entwicklung gefährdet ist oder die dem Unterricht in der Regelklasse aufgrund ihrer Schwierigkeiten (z.B. Verhaltens- oder Lernschwierigkeiten) nicht folgen können. Spezialklassen gehören zur Regelschule. Die Überweisung der Lernenden an Spezialklassen erfolgt meistens durch eine individuelle Diagnostik.

Die Anzahl und Typen von Spezialklassen variieren von einem Kanton zum andern, was einen Vergleich schwierig macht. Aber man findet in der Regel folgende Arten von Spezialklassen:

- Entwicklungsklasse (classe de développement): Spezialklasse mit stark individualisiertem Programm
- Kleinklasse: Lehrplan wird befolgt, mit eingeschränkter Schülerzahl oder Klasse mit geringer Schülerzahl, davon gewisse Anzahl Lernende mit Schwierigkeiten
- Beobachtungsklasse: Zusammenfassung von Schülern bzw. Schülerinnen mit Lernschwierigkeiten innerhalb des Regelschulhauses mit dem Ziel, dass die Lernenden der Beobachtungsklasse gewisse Schulstunden in den Regelklassen verbringen können
- Einführungsklasse: besteht aus einem eingeschobenen Schuljahr zwischen dem Kindergarten und der Primarschule (abhängig je nach Kanton). Kein sonderpädagogisches Angebot
- Klasse für Lernende mit fremder Muttersprache (Klassen für Fremdsprachige): sind vorgesehen für die Vorbereitung von neu ankommenden fremdsprachigen Kindern und Jugendlichen für eine begrenzte Zeit (von einigen Monaten bis zu einem Jahr). Kein sonderpädagogisches Angebot

## **17. Werden Spezialklassen (Sonderklassen) und Sonderschulen verschwinden?**

Sonderschulen werden nicht verschwinden. Der Kanton kann wählen, ob er Spezialklassen (Sonderklassen) führen will oder nicht.

Gemäss der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik ist die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung dem Besuch einer Sonderschule vorzuziehen. Die Integration kommt jedoch nur zum Zug, wenn das Wohl und die individuelle Situation des Kindes oder Jugendlichen dies erlauben (Art. 2, Absb).

Schülerinnen und Schüler, für die eine Integration in die Regelklasse keine angebrachte Lösung darstellt, haben weiterhin die Möglichkeit, eine Sonderschule oder in manchen Kantonen auch eine Spezialklasse zu besuchen, die ihren Bedürfnissen entspricht.

Die Kantone entscheiden darüber, ob und in welcher Art sie Sonder- oder Kleinklassen anbieten. (Der Kanton Tessin beispielsweise hat vor mehreren Jahrzehnten entschieden, Spezialklassen aufzugeben).

## **18. Das Sonderpädagogik-Konkordat trat am 1. Januar 2011 in Kraft. Was sind die Auswirkungen für die beigetretenen Kantone?**

Die beigetretenen Kantone müssen ab dem 1. Januar 2011 die von der EDK vorgeschriebenen gemeinsamen Instrumente gebrauchen: Terminologie, Qualitätsstandards, standardisiertes Abklärungsverfahren (SAV).

Alle Kantone (ob beigetreten oder nicht) müssen:

- ein Konzept zur Sonderpädagogik entwerfen und

- in ihren Konzepten das BehiG berücksichtigen, welches die Kantone auffordert, die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in die Regelschule – mit entsprechenden Schulungsformen und insofern möglich – zu unterstützen (Art. 20, Abs. 1 und 2).

**19. Bedeutet der Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat, dass die Organisationsformen in allen beigetretenen Kantonen gleich sind?**

Nein. Die Kantone sind unter Berücksichtigung der internationalen und nationalen Vorgaben frei, ihr Angebot zu gestalten und zu erweitern.

**20. Wie viele Schülerinnen und Schüler in der Schweiz erhalten verstärkte Massnahmen?**

Zurzeit liegen dazu keine nationalen Daten vor. Im Schuljahr 2014/15 wurde ein neues Modell für die Datenerfassung verwendet, welches mehr Informationen zum sonderpädagogischen Bereich liefert. Schülerinnen und Schüler, die durch verstärkte Massnahmen unterstützt werden, wurden schweizweit zum ersten Mal erfasst. Die Ergebnisse dieser Pilot-Erhebung werden nicht veröffentlicht.

## Literaturliste

BFS. Obligatorische Schule. Internet: [www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/bildungsindikatoren/bildungssystem-schweiz/bildungsstufen/obligatorische-schule.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/bildungsindikatoren/bildungssystem-schweiz/bildungsstufen/obligatorische-schule.html) [Stand 17.10.2016]

Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen vom 13. Dezember 2002. Internet: [www.admin.ch/ch/d/sr/151\\_3/index.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/151_3/index.html) [Stand 17.10.2016]

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999. Internet: [www.admin.ch/ch/d/sr/101/index.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/101/index.html) [Stand 17.10.2016]

EDK. HarmoS. Häufig gestellte Fragen. Integrative Förderung: die Schule soll stärker integrativ funktionieren. Werden Sonderschulen abgeschafft? Internet: [www.edk.ch/dyn/19822.php](http://www.edk.ch/dyn/19822.php) [Stand 17.10.2016]

EDK. Einheitliche Terminologie für den Bereich der Sonderpädagogik von der EDK am 25. Oktober 2007 verabschiedet gemäss der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik. Internet: [www.edudoc.ch/static/web/arbeiten/sonderpaed/terminologie\\_d.pdf](http://www.edudoc.ch/static/web/arbeiten/sonderpaed/terminologie_d.pdf) [Stand 17.10.2016]

EDK. Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik vom 25. Oktober 2007. Internet: [www.edudoc.ch/static/web/arbeiten/sonderpaed/konkordat\\_d.pdf](http://www.edudoc.ch/static/web/arbeiten/sonderpaed/konkordat_d.pdf) [Stand 17.10.2016]

EDK. Standardisiertes Abklärungsverfahren (SAV), Instrument des Sonderpädagogik-Konkordats als Entscheidungsgrundlage für die Anordnung verstärkter individueller Massnahmen, Bern 2014. Internet: [www.edk.ch/dyn/28060.php](http://www.edk.ch/dyn/28060.php) [Stand 17.10.2016]

European Agency for Development in Special Needs and Inclusive Education. Internet: [www.european-agency.org](http://www.european-agency.org) [Stand 17.10.2016]

LCH (Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer). LCH-Position zur Integration der Sonderpädagogik in die Regelschule. Internet: [http://edudoc.ch/record/95864/files/CH\\_LCH\\_positionspapier\\_sonderpaedagogik\\_regel.pdf](http://edudoc.ch/record/95864/files/CH_LCH_positionspapier_sonderpaedagogik_regel.pdf) [Stand 17.10.2016]

LCH (Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer). Gelingensbedingungen für eine integrierte Förderung für alle. Internet: [www.lch.ch/fileadmin/files/documents/Stellungnahmen/081215\\_Gelingensbedingungen\\_integrierte\\_Foerderung.pdf](http://www.lch.ch/fileadmin/files/documents/Stellungnahmen/081215_Gelingensbedingungen_integrierte_Foerderung.pdf) [Stand 20.11.2016]

Riedweg, F. (2008). Integrative Förderung. Amt für Volksschulbildung des Kantons Luzern. Internet: [http://edudoc.ch/record/37583/files/LU\\_Integr\\_Foerderung\\_Riedweg.pdf](http://edudoc.ch/record/37583/files/LU_Integr_Foerderung_Riedweg.pdf)

RiPPH (Réseau international sur le Processus de Production du Handicap). Le Modèle de Développement Humain - Processus de production du handicap (MDH-PPH). Internet: [www.ripph.qc.ca/fr/mdh-pph/mdh-pph](http://www.ripph.qc.ca/fr/mdh-pph/mdh-pph) [Stand 17.10.2016]

Swissuniversities. Sonderpädagogische Aspekte in der Ausbildung der Regelklassen-Lehrpersonen. Internet: [www.swissuniversities.ch/fileadmin/swissuniversities/Dokumente/Kammern/Kammer\\_PH/Empf/20160914\\_20161027\\_MV\\_K\\_PH\\_Empfehlungen\\_Sonderp%C3%A4dagogik\\_d.pdf](http://www.swissuniversities.ch/fileadmin/swissuniversities/Dokumente/Kammern/Kammer_PH/Empf/20160914_20161027_MV_K_PH_Empfehlungen_Sonderp%C3%A4dagogik_d.pdf) [Stand 20.11.2016]

UNESCO. The Salamanca Statement and Framework for Action on Special Needs Education (1994). World Conference on Special Needs Education: Access and Quality. Internet: [www.unesco.at/bildung/basisdokumente/salamanca\\_erklaerung.pdf](http://www.unesco.at/bildung/basisdokumente/salamanca_erklaerung.pdf) [Stand 17.10.2016]

UNO. Convention on the Rights of Persons with Disabilities (2006). Internet: [www.un.org/development/desa/disabilities/convention-on-the-rights-of-persons-with-disabilities/convention-on-the-rig](http://www.un.org/development/desa/disabilities/convention-on-the-rights-of-persons-with-disabilities/convention-on-the-rig) [Stand 17.10.2016]

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung. Offizielle Übersetzung auf Deutsch. Internet: [www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20122488](http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20122488) [Stand 17.10.2016]

Webportal der «Interessengemeinschaft (IG) Integration und Schule». Internet: [www.integrationundschule.ch](http://www.integrationundschule.ch) [Stand 17.10.2016]

WHO. International Classification of Functioning, Disability and Health (ICF). Deutschsprachige Übersetzung (Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit, 2005). Internet: [www.dimdi.de/static/de/klasi/icf/](http://www.dimdi.de/static/de/klasi/icf/) [Stand 17.10.2016]

Dieses Dokument wurde im Herbst 2016 aktualisiert.

Kontakt: [szh@szh.ch](mailto:szh@szh.ch)